

**Die Initiative: „Trari...Trara... Die Post bleibt DA!“,
fordert zur BürgerInnen-Versammlung am 27. Februar 2012:**

Keine Schließung von Postämtern im 2. Bezirk!

Wir schlagen vor, dem heutigen Versammlungs-Podium folgende Fragen zu stellen:

An den (die) Vertreter der Österreichischen Post AG:

- Stimmt es, dass es in den Jahren 2007 – 2009 Dividendenausschüttungen der Post AG in vielfacher Höhe der erzielten Gewinne gegeben hat? Gleichzeitig sollen bis 2015 weitere 8800 Stellen gestrichen werden?
- Die Schließung von Postämtern muss nach dem Postmarktgesetz per Bescheid der Post-Kontrollkommission erfolgen. Sind diese Bescheide bereits erfolgt? Um welche Postämter in der Leopoldstadt handelt es sich und wann sollen die Schließungen erfolgen?
- Wer und wo sollen die Standorte der geplanten „Postpartner“ sein?
- Wie soll das Post- und Bankgeheimnis von privaten „Postpartnern“ gewährleistet werden?
- Die bisher bekanntgewordenen von der Schließung bedrohten Postämter in der Leopoldstadt werden zur Zeit von der Bevölkerung stark beansprucht. Ärgerliche Wartezeiten sind bereits jetzt die Folgen. Das qualifizierte Postpersonal ist durch die Personal-Mangelpolitik und durch strategisches Mobbing überfordert und demotiviert. Eine Auflösung dieser Postämter und ihre Übersiedlung in Ersatzstellen („Postpartner“) führt notgedrungen zu Kündigungen des qualifizierten Personals. Wie sollen also in den Ersatzstellen noch längere Wartezeiten vermieden werden, wenn neben den verringerten Schalterstellen auch noch billiges, weil minderqualifiziertes Personal die Ersatzdienste verrichten soll?
- Stimmt es, dass in verschiedenen Gemeinden Österreichs bereits mehrere „Postpartner“ das Handtuch geworfen haben und viele Orte heute ohne Postdienste sind?

An den Bezirksvorsteher, Herrn Gerhard Kubik:

Nach § 7, Abs.3 Zi 1 des Postmarktgesetzes ist die Post AG verpflichtet, vor der beabsichtigten Schließung eigenbetrieblicher Post-Geschäftsstellen mit den betroffenen Gemeinden / Bezirken Gespräche zu führen und nach alternativen Lösungen zu suchen. Da die Bezirksvertretung bisher von der Bezirksvorstehung in dieser Hinsicht noch nicht kontaktiert wurde, stellen sich folgende Fragen:

- Wann wurde der Bezirk Leopoldstadt von der Post AG in Bezug auf die beabsichtigten Schließungen kontaktiert?
- Hat es schon die gesetzlich vorgesehenen Gespräche gegeben?
- Mit welchen Argumenten von Seiten der Post AG wurde eine eventuelle Zustimmung seitens des Bezirkes erzielt? Und wann war das?
- Warum wurde die Bezirksvertretung, bzw. die Bezirksöffentlichkeit bisher von einem eventuellen Bescheid der Post-Kontrollkommission nicht verständigt?
- Können Sie für den Fall, dass diese Gespräche erst stattfinden, eine Zustimmung Ihrerseits ausschließen?

Bitte Rückseite beachten!



3.000 Protestunterschriften in kürzester Zeit, eine Protestkundgebung und -Demonstration vor dem Postamt Engerthstraße 191. Alle Fraktionen der Bezirksvertretung Leopoldstadt haben der Abhaltung einer BürgerInnenversammlung zum Thema Postamtsschließungen zugestimmt. Allein diese Aktivitäten in unserem Bezirk zeigen, dass eine große Ablehnung gegenüber der Ausdünnung und Privatisierung von öffentlichen Versorgungseinrichtungen besteht. Allerdings muss auch gesagt werden, dass die vermeintliche „Ablehnung“ im Antrag der SPÖ mit der Formulierung, sie sei gegen die „ersatzlose Schließung“ von Postämtern, letztlich einer Zustimmung der Post AG-Strategie gleichkommt und die Auslagerung in sogenannte „Postpartner“ befürwortet. Der Schwindel von Seiten der Post AG besteht gerade darin, dass es über sogenannte „Postpartner“ angeblich zu keiner Verschlechterung in den Postdienstleistungen kommen wird. Diese Behauptungen der Post AG sind schlicht und einfach falsch und unwahr. In Tirol z.B., wo es zu besonders vielen Schließungen von Postämtern gekommen ist, werfen immer mehr „Postpartner“ das Handtuch und so stehen viele Orte heute ohne Zugang zu den Postdiensten da. Ein gravierender Unterschied zu den eigenbetrieblichen Poststellen besteht gerade darin, dass sich die „Privaten“ bei Schließungen vor keiner Stelle verantworten müssen. Muss dann wieder der so sehr kritisierte Staat einspringen?

Wie konnte es zu so einer negativen Entwicklung kommen?

Mit und seit Beginn der ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 wurden bis heute über 1.000 Postämter geschlossen und tausende Briefkästen abmontiert. Mit dem Postmarktgesetz von 18.11.2009 wurde lt. Bundesministerin BURES diesem „wildem unkontrollierten Treiben“ der ÖVP/FPÖ-Regierung ein Ende gesetzt und die EU-Auflagen für den „Binnenmarkt der Postdienste“ auf neue gesetzliche Grundlagen gestellt. Aber, Gesetz hin oder her, es geht weder der EU noch der Post AG und offenbar auch nicht der österreichischen Regierung um flächendeckende Versorgung. Es geht einfach darum, dass die öffentliche Versorgung ruiniert und durch Privatisierung der parlamentarisch-demokratische Kontrolle entzogen werden soll, was auf Dauer eine ausreichende und leistbare Versorgung der Bevölkerung ausschließt. Ob das nun im Gesundheits- und Bildungswesen, im Wohnbau oder in der Energieversorgung, bei den öffentlichen Verkehrsmitteln und jetzt bei der Post geschieht, überall dasselbe Ergebnis: Privatisierungen bringen Verschlechterung bei gleichzeitiger Verteuerung der öffentlichen Versorgung, vielfach auf Kosten der dort Beschäftigten, bei gleichzeitiger Explosion der Gewinne einiger weniger.

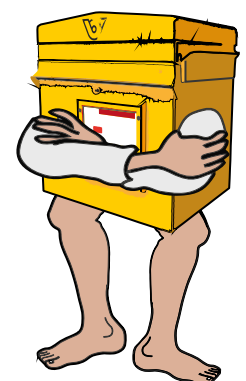
Auch der Österreichische Gemeindebund kritisiert, dass schon jetzt von der Post AG bei vielen Schließungen von Postämtern mit falschen Zahlen gearbeitet und gegen die gesetzlichen Auflagen verstoßen wird. Selbst der Rechnungshof war gezwungen, die Post AG bezüglich der Schließungen von Postämtern zu überprüfen.

Dass selbst die Ministerin BURES sich bei der vereinbarten Übergabe von 3.000 Unterschriften aus der Leopoldstadt verleugnen ließ und ihr Büro sogar behauptete, dass das Ministerium gar nicht zuständig sei (!), spricht Bände. Die BürgerInnen sollen mit ihrem Protest in einem nicht enden wollenden Kreis von „Nichtverantwortlichen“ ins Leere laufen.

Wir bleiben dabei: Keine Schließung von Postämtern im 2. Bezirk!

Die heutige BürgerInnen-Versammlung ist Ergebnis unseres Protestes gegen das willkürliche Vorgehen der Post AG, bzw. auch gegen unsere willfährige Regierung und den Parteien ÖVP/FPÖ und SPÖ. Es ist zu befürchten, dass diese Versammlung nicht dazu führen wird, dass die Postverantwortlichen und die PolitikerInnen von ihren Vorhaben zu Ungunsten der Bevölkerung in unserem Bezirk Abstand nehmen werden. Trotzdem, bzw. gerade deswegen ist es wichtig, dass wir den Verantwortlichen bei der Post AG und in der Politik, samt ihren UnterstützerInnen im Bezirk zeigen, dass auch wir gefragt werden und mitbestimmen wollen.

Und wir schlagen vor, in unserem Widerstand auch nach dieser Versammlung nicht nachzulassen. In allen betroffenen Gebieten sollen sich demokratisch aufgebaute Widerstandsinitiativen bilden, die zusammen mit den betroffenen Beschäftigten versuchen, die Schließungen zu verhindern!



Nehmen Sie mit uns Kontakt auf! Initiative: „Trari...Trara... die Post bleibt DA!“
Unterstützt von PolDi (PolitikDirekt in die Leopoldstadt) und KPÖ-Leopoldstadt: 1020 Wien,
Nestroyplatz 1/20A website: www.poldi.leopoldstadt.net e-mail: poldi@leopoldstadt.net